„Ist BAföG ein Bankenförderungsgesetz“?

Studiengebühren werden soziale Ungerechtigkeit und Selektion im Bildungssystem verschärfen. Das befürchtet Gerd Köhler, im Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zuständig für Hochschulen und Wissenschaft.

Warum sind Studiengebühren unsozial?
Der Zugang zu den Hochschulen wird damit erneut von der sozialen Herkunft abhängig gemacht: Du kannst studieren, wenn die Eltern die Studienkosten übernehmen können oder wenn du bereit bist, dich hoch zu verschulden. Der Sozialstaat dagegen versteht Bildung – vom Kindergarten über Schule und Berufsausbildung bis zur Hochschule – als öffentliches Gut. Der Zugang soll kostenfrei sein, weil die Teilhabe an Bildung und Wissenschaft Voraussetzung für die Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft und Ökonomie ist – im individuellen wie im gesellschaftlichen Interesse.

Auch das Bundesverfassungsgericht verlangt, dass die Studiengebühren „sozialverträglich“ eingeführt werden.
Die Antworten der Wissenschaftsminister aus Bayern und Baden-Württemberg auf diese Auflage sind kläglich, wenn sie diese Aufgabe einfach an den Bund weiterreichen. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass der Bund seinen BAföG-Haushalt um den Betrag erhöhen wird, den die Länder als Studiengebühren auch von den BAföG-Studierenden verlangen! Erst kegeln sie den Bund raus, und dann bitten sie ihn zur Kasse.

Welches politische Signal geht von diesem Urteil aus?
Die vom Bundesverfassungsgericht ermöglichte Wende in der Hochschulpolitik bedeutet die Aufkündigung des Generationenvertrags: Die ältere Generation erklärt der jüngeren, dass sie nicht länger gewillt sei, durch Steuern die Kosten der Ausbildung zu tragen. Die Studierenden sollen ihr Studium selbst bezahlen – durch Studiengebühren oder mittelbar durch Darlehen. Sie sollen kräftig in ihre Zukunft investieren, damit sie das Geld verdienen, das die Älteren als Renten oder Pensionen von ihnen erwarten. Eine solche Einbahnstraßen-Solidarität wird die jüngere Generation – eh schon durch die heutigen Schuldenberge belastet – nicht hinnehmen. Soll doch die ältere Generation selbst für ihre Alterssicherung sorgen, werden sie sagen, und die Abkehr vom Sozialstaat beschleunigen.

Die Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW) will allen Studierenden elternunabhängig ein Darlehen zur Verfügung stellen …
… und sich damit ein neues Geschäftsfeld erschließen. Ganz offensichtlich am Bundesbildungsministerium vorbei hat diese öffentliche Bank ein Konzept entwickelt, das allen Studierenden ein „elternunabhängiges“ Darlehen in Höhe von 650 Euro pro Monat für die Regelstudienzeit anbietet. Dafür sind Zinsen zu zahlen. Die privaten Banken werden – mit Hinweis auf den Europäischen Gerichtshof – auf „marktkonformen“ Zinsen bestehen, um im Wettbewerb um neue Kunden nicht benachteiligt zu werden. Die drohenden Schuldenberge kann man sich ausrechnen. Aus dem Sozialgesetz BAföG würde ein Bankenförderungsgesetz – die alte Abkürzung könnte bleiben.

Die Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Warum schaffen Studiengebühren keine Abhilfe?
Die Hochschulrektorenkonferenz ist im vergangenen Sommer den neoliberalen Verlockungen erlegen und hat sich mit überwiegender Mehrheit für die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen. Wie schwach sind doch diese angeblich so starken Männer, wenn sie die Mittel, die sie bei den Ländern nicht durchsetzen können, nun von den Studierenden verlangen, deren Interessen zu vertreten sie doch ständig beteuern! Es ist halt um vieles einfacher, die sozial Schwächeren zur Kasse zu bitten. Und sie tun dieses, trotz gescheiterter Hochschulpakte und gebrochener Finanzzusagen der Landesregierungen. Sie werden damit ihre Haushaltslöcher nicht stopfen. Mehr als die Aufkündigung der „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ haben sie nicht erreicht.